

POLICY BRIEF

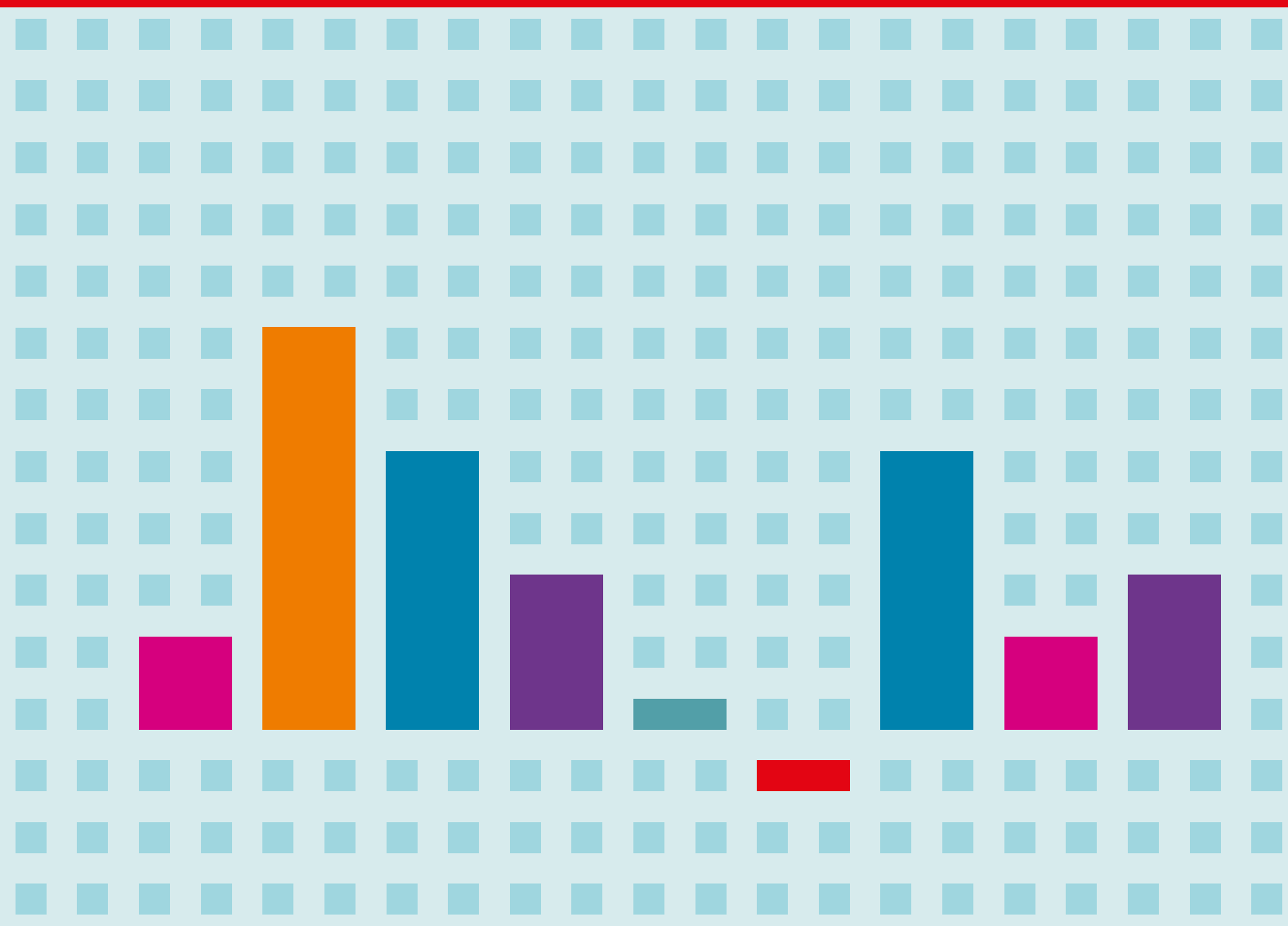
IMK Policy Brief Nr. 209 · Februar 2026

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK INFLATIONSMONITOR

Deutsche Inflation steigt im Januar 2026 auf 2,1 %,
Euroraum-Inflation mit 1,7 % deutlich niedriger

Silke Tober



IMK INFLATIONSMONITOR

Deutsche Inflation steigt im Januar 2026 auf 2,1 %, Euroraum-Inflation mit 1,7 % deutlich niedriger

Silke Tober¹

Zusammenfassung

Mit 2,1 % lag die deutsche Inflationsrate im Januar 2026 leicht über dem EZB-Ziel von 2 %, nachdem sie im Dezember 2025 mit 1,8 % darunter gelegen hatte. Dabei dämpften die Energiepreise infolge zunehmender geopolitischer Spannung mit -1,7 % weniger stark als erwartet. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise zog deutlich auf 2,7 % an und auch die Waren ohne Energie und Nahrungsmittel verteuerten sich stärker als zuvor. Demgegenüber verringerte sich der Preisauftrieb bei Dienstleistungen um 0,3 Prozentpunkte auf 3,2 %. Dennoch erhöhte sich die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak leicht auf 2,4 %.

Der Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex betrug 2,1 %. Damit lag die deutsche Rate merklich über der des Euroraums (1,7 %).

Die Inflationsraten der hier betrachteten Haushaltstypen in verschiedenen Einkommensklassen reichten im Januar 2026 von 1,6 % bis 2,0 %, wobei die verstärkte Teuerung bei Nahrungsmitteln die Spreizung etwas verringerte.

Die Europäische Zentralbank erwartet für 2026 und 2027 eine Inflation im Euroraum unterhalb des EZB-Ziels von 2 %, und in Deutschland dürfte sie nur wenig höher ausfallen. Trotz der US-Zölle und der kräftigen Aufwertung, die die Exporte um rechnerisch rund 30 % verteuert haben, hat die EZB es bisher versäumt, ihren Zinssenkungsspielraum zu nutzen, um der fortschreitenden Industriekrise entgegenzuwirken.

Inhaltsverzeichnis

<i>Inflation infolge höherer Nahrungsmittelpreise leicht über 2 %</i>	2
<i>Geopolitische Spannungen und CO₂-Preis treiben Kraftstoffpreise</i>	3
<i>Kernrate steigt trotz sinkender Dienstleistungsteuerung leicht</i>	4
<i>Haushaltsspezifische Teuerungsraten weiterhin nahe Inflationsziel</i>	5
<i>Deutscher HVPI endlich mit zweiter Nachkommastelle</i>	7
<i>Infobox: UN COICOP 2018 im harmonisierten Verbraucherpreisindex umgesetzt</i>	8
<i>Selbstgefälligkeit der EZB verschärft Industriekrise</i>	9
<i>Anhang</i>	11
<i>Literatur</i>	13

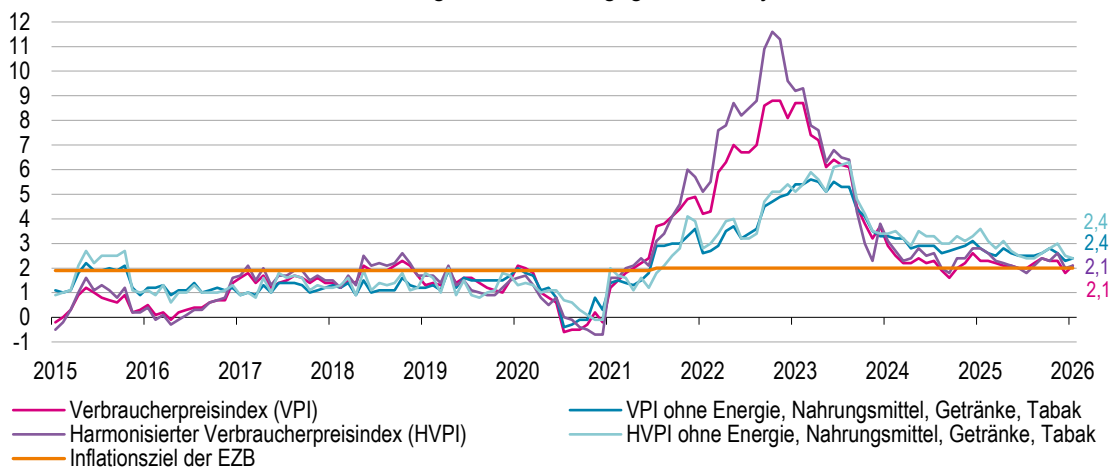
¹ Dr. Silke Tober, Referatsleitung Geldpolitik, Silke-Tober@boeckler.de

Inflation infolge höherer Nahrungsmittelpreise leicht über 2 %

Die Inflationsrate in Deutschland – gemessen als prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat – stieg im Januar 2026 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,1 % (Abbildung 1). Dabei dämpften die Energiepreise mit -1,7 % zwar stärker als im Monat zuvor (-1,3 %), aber infolge der höheren Rohölpreise weniger stark als erwartet. Die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak stieg um 0,1 Prozentpunkte auf 2,4 %, ² obwohl sich die Teuerung bei Dienstleistungen um 0,3 Prozentpunkte auf 3,2 % abschwächte. Letzteres wurde durch den stärkeren Preisanstieg der Waren in der Kernrate überkompensiert, die mit 23 % zwar ein deutlich geringeres Gewicht an der Kernrate haben als die Dienstleistungen, sich aber um 0,8 % verteuerten, nach 0,2 % im Dezember 2025. Entscheidend für den Anstieg der Inflation war die stärkere Teuerung bei Nahrungsmitteln, Alkohol und Tabak, die um einen Prozentpunkt auf 2,7 % anzog.

Abbildung 1: Inflation und Kerninflation in Deutschland

Januar 2015 – Januar 2026, Veränderungen der Indizes gegenüber Vorjahresmonat, in %



Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Besonders deutlich erhöhte sich der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln im engen Sinne (mit 2,1 % nach 0,8 % im Dezember 2025) und bei alkoholischen Getränken (1,5 % nach 0,2 %). Auch bei alkoholfreien Getränken nahm die Teuerung zu (6,8 % nach 5,9 %), während sie bei Tabakwaren mit 4,4 % unverändert blieb.

Von den 133 Nahrungsmitteln, die im Verbraucherpreisindex enthalten sind, waren 39 im Januar 2026 preiswerter als ein Jahr zuvor und damit etwas weniger als im Vormonat (45). Besonders ausgeprägt war der Preiserückgang bei Butter (-33,0 %), Quark (-20,4 %), Olivenöl (-13,5 %), frischen Kartoffeln (-11,8 %) und Blumenkohl oder Ähnliches (-11,0 %). Zugleich hatten 20 – nach zuvor 17 – Nahrungsmittel zweistellige Preissteigerungsraten, insbesondere Sauerkirschen oder andere Steinobstkonserven (50,6 %), tiefgefrorenes Obst (26,9 %), Schokoladentafeln (26,1 %),

² Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Kernrate stieg um 0,1 Prozentpunkte auf 2,5 %. Das Statistische Bundesamt lässt neben Energie nur Nahrungsmittel im engen Sinne unberücksichtigt, während hier in Einklang mit Eurostat Nahrungsmittel einschließlich alkoholfreier und alkoholischer Getränke sowie Tabakwaren herausgerechnet werden.

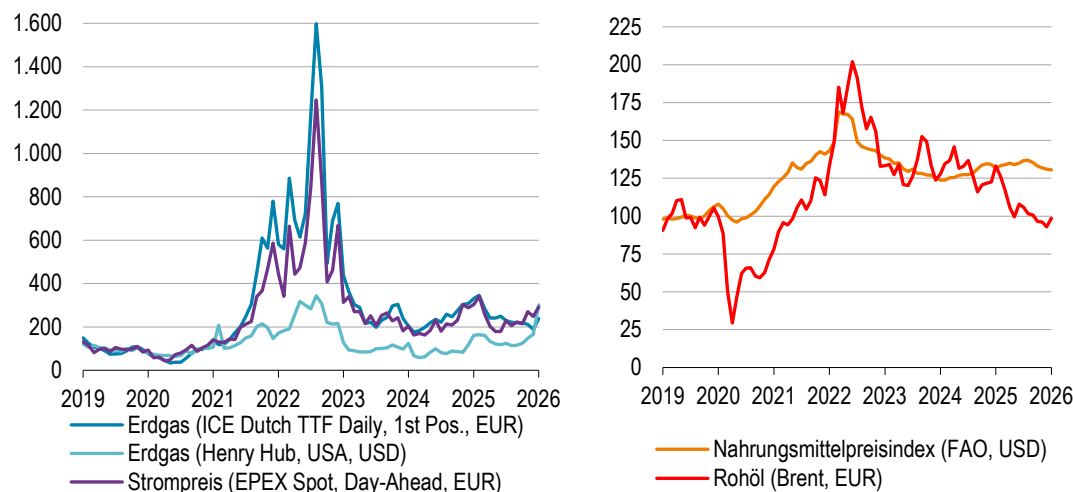
Bohnenkaffee (24,3 %), Paprika (23,3 %), Gurken (22,6 %), Rinderhackfleisch (22,5 %), Kakao-pulver (21,8 %) und Pralinen (21,1 %).

In den sechs Jahren seit Januar 2020 – also seit vor der Pandemie und den darauffolgenden Krisen –³ haben sich Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um 38,1 % verteuert, darunter Zucker, Marmeladen und andere Süßwaren um 48,0 %, Molkereiprodukte und Eier um 41,9 %, Brot- und Getreideerzeugnisse um 40,2 %, Kaffee, Tee und Kakao um 40,0 %, Fleisch- und Fleischwaren um 38,0 %, Mineralwasser, Limonaden und Säfte um 37,3 %, Gemüse um 36,1 %, Fisch sowie Meeresfrüchte um 31,0 %, Obst um 30,4 % und Speisefette und -öle um 28,8 %.

In dem Sechs-Jahres-Zeitraum haben sich die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke damit im Durchschnitt mehr als drei Mal so stark verteuert, als wären sie in Einklang mit dem Inflationsziel der EZB in Höhe von 2 % gestiegen (12,6 %). Ein Grund hierfür sind die globalen Agrarrohstoffpreise, die im Monat nach der russischen Invasion der Ukraine ihren Höhepunkt erreichten, im Januar 2026 allerdings nur noch 20,9 % höher lagen als sechs Jahre zuvor (Abbildung 2). Eine noch wichtigere Rolle spielten die stark gestiegenen Energiepreise und die aufholende Lohnentwicklung nach den hohen Inflationsraten der Jahre 2022 und 2023.

Abbildung 2: Internationale Energie- und Agrarrohstoffpreise

Index 2019=100, Januar 2019 – Januar 2026



Quellen: EZB; FAO; Macrobond; U.S. Energy Information Administration.



Geopolitische Spannungen und CO₂-Preis treiben Kraftstoffpreise

Der Rückgang der Energiepreise um 1,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat ging ausschließlich auf die Preise für Haushaltsenergie zurück, die um 3,2 % fielen, während die Kraftstoffpreise zwischen Januar 2025 und Januar 2026 um 0,5 % zulegten. Die staatliche Entlastung bei den Netzentgelten trug dazu bei, dass sich Strom – mit einem Anteil von 56 % an der

³ Als Vergleichsjahr wird das Jahr 2019 verwendet, da sich das Jahr 2020 wegen der temporären Mehrwertsteuersenkung und dem drastischen Verfall der Rohölpreise im ersten Pandemiejahr nicht eignet (Tober 2025j).

Haushaltsenergie – gegenüber Dezember 2025 um 2,8 % verbilligte und gegenüber Januar 2025 um 3,2 %. Allerdings sanken auch die Börsenpreise von Strom, nicht zuletzt infolge leicht sinkender Börsenpreise für Erdgas in Europa (Abbildung 2). Erdgas – an zweiter Stelle der Haushaltsenergie mit einem Anteil von 25 % – verbilligte sich um 2,4 %, und zwar sowohl seit Dezember 2025 als auch seit Januar 2025.⁴ Dabei kompensierte der Wegfall der Speicherumlage (0,3 ct/kWh) in etwa den Anstieg des CO₂-Preises (0,2 ct/kWh). Heizöl – mit einem Anteil an der Haushaltsenergie im VPI von nur knapp 9 % – verteuerte sich gegenüber Dezember 2025 leicht (0,1 %), war dabei aber noch 10,2 % billiger als ein Jahr zuvor.

Entscheidend für den jüngsten Anstieg bei Heizöl wie auch bei Kraftstoffen waren die zunehmenden Spannungen zwischen den USA und dem Irak, die einen Anstieg des Rohölpreises im Januar 2026 um gut 6 % gegenüber dem Vormonat bewirkten. Hinzu kam die Erhöhung des CO₂-Preises zu Jahresbeginn, der einen Anstieg der Preise von Benzin und Diesel um knapp bzw. reichlich 3 Cent je Liter und damit um knapp 2 % begründen dürfte.⁵ Insgesamt verteuerten sich Kraftstoffe gegenüber Dezember 2025 um 5,6 %. Damit lagen sie um 0,5 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau, obwohl der Rohölpreis trotz des jüngsten Anstiegs im Januar 2026 auf Eurobasis um 26 % und auf Dollarbasis um 16 % geringer ausfiel. Neben den gestiegenen CO₂-Preisen spielen dabei auch die verschärften EU-Sanktionen gegen Russland und die verstärkten ukrainischen Drohnenangriffe auf die russische Öl-Infrastruktur eine Rolle (EIA 2025, CME Group 2026).

Verglichen mit Januar 2020 lagen die Energiepreise insgesamt um gut ein Drittel höher (34,7 %), darunter Haushaltsenergie um 40,4 % und Kraftstoffe um 27,3 %. Am höchsten war der Preisanstieg in dem Sechsjahreszeitraum bei Kohlebriketts (90,9 %), gefolgt von Erdgas (80,3 %), Fernwärme (72,5 %), Flüssiggas (58 %), Brennholz und Holzpellets (46,4 %), Strom (21,3 %) und Heizöl (19,5 %).

Kernrate steigt trotz sinkender Dienstleistungssteuerung leicht

Der Anstieg der Dienstleistungspreise verringerte sich im Januar 2026 auf 3,2 % (Dezember 2025: 3,5 %). Dabei hat sich der Preisauftrieb in der Breite abgeschwächt, besonders stark bei Kombinierten Personenbeförderungsleistungen insbesondere infolge des geringeren Anstiegs des Deutschlandtickets als im Vorjahr (6,2 % nach 11,4 %), bei Brief- und Paketdienstleistungen (1,6 % nach 8,5 %), Bahntickets (3,1 % nach 7,2 %), stationären Gesundheitsdienstleistungen (3,1 % nach 6,5 % im Dezember 2025), Übernachtungen (1,8 % nach 3,5 %), Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (7,1 % nach 7,7 %), Versicherungen (5,1 % nach 5,6 %) und Bildung (4,8 % nach 5,1 %). Höher fiel der Preisanstieg bei Pauschalreisen (6,0 % nach 4,0 %) aus und auch bei Flügen (4,2 % nach 2,8 %), anderen Dienstleistungen für die Körperpflege wie Gesichtskosmetik, Maniküre und Sauna (3,5 % nach 2,2 %), Finanzdienstleistungen (4,3 % nach 4,1 %),

⁴ Einschließlich der Betriebskosten von Zentralheizungen. Betrachtet man nur die Haushalte mit eigenem Gasanschluss betrug die Steuerungsrate gegenüber Dezember 2025 sogar -4,2 % und gegenüber Januar 2025 -3,6 %.

⁵ Für den CO₂-Preis wurde für 2026 erstmals eine Spanne festgelegt, die um 5 bzw. 10 Euro je ausgestoßener Tonne CO₂ höher liegt als im Jahr 2025. Die Angaben hier beziehen sich auf einen Anstieg um 10 Euro auf 65 Euro je Tonne CO₂.

Freizeit- und Kulturdienstleistungen (2,1 % nach 2,0 %) sowie bei der Wartung und Reparatur von Fahrzeugen (5,2 % nach 5,1 %). Der Preisanstieg in Gaststätten blieb trotz der Mehrwertsteuersenkung zu Jahresbeginn unverändert bei 3,6 %.

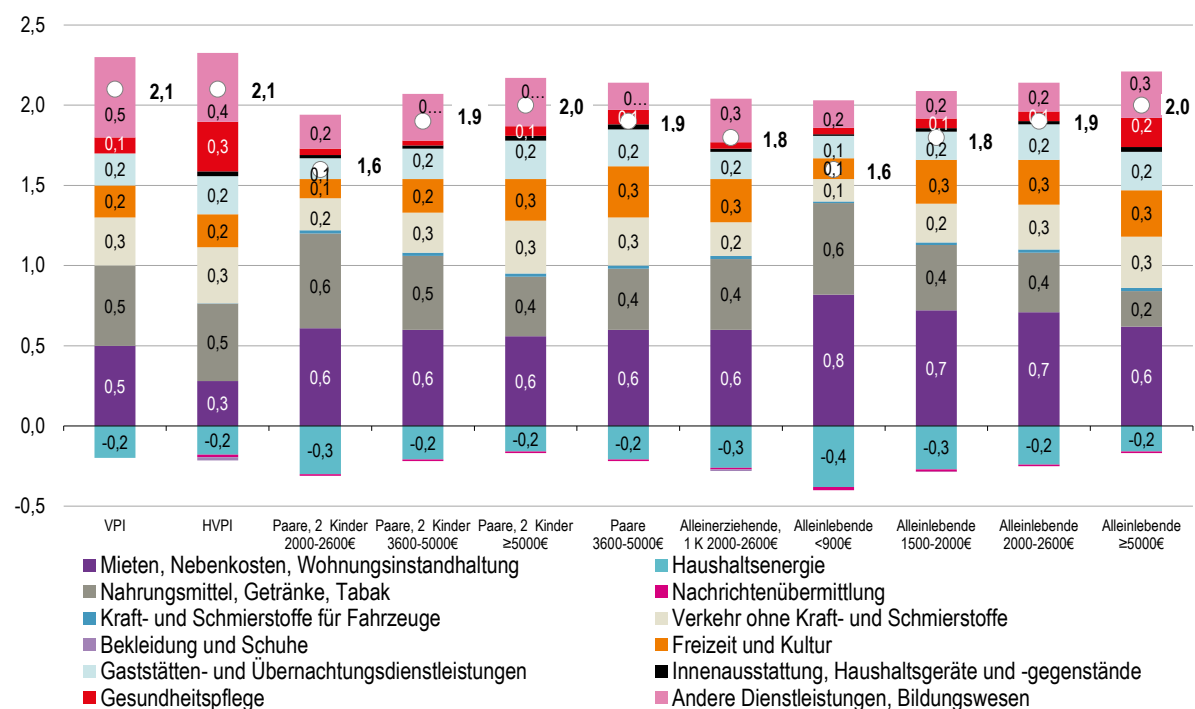
Trotz des verringerten Anstiegs der Dienstleistungspreise, erhöhte sich die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak um 0,1 Prozentpunkte auf 2,4 %, da die enthaltenen Warenpreise stärker zulegten, und zwar um 0,8 % nach 0,2 % im Dezember 2025.

Seit Januar 2020 sind die Dienstleistungspreise um 20,4 % gestiegen, während sich die Waren in der Kernrate – also ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak – um 17,7 % verteuerten. Damit haben sich beide Komponenten der Kernrate weiterhin nur etwa halb so stark verteuert wie Energie und Nahrungsmittel im weiten Sinne.

Haushaltsspezifische Teuerungsraten weiterhin nahe Inflationsziel

Die Inflationsraten der neun im IMK Inflationsmonitor monatlich betrachteten Durchschnittshaushalte (siehe Anhang) lagen im Januar 2026 weitgehend unverändert zwischen 1,6 % und 2,0 %. Abbildung 3 zeigt die auf der Grundlage von 30 Ausgabenpositionen berechneten haushaltsspezifischen Inflationsraten und die Beiträge der zwölf zusammengefassten Ausgabenpositionen zu der jeweiligen Inflationsrate sowie zum Anstieg des nationalen und des harmonisierten Verbraucherpreisindex.

Abbildung 3: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge im Januar 2026
in % bzw. Prozentpunkten



VPI: Verbraucherpreisindex, HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
Inflationsbeiträge beim HVPI berechnet als Ribe-Beiträge nach Eurostat (2018).

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Dabei weichen die zwölf Ausgabenpositionen von den zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex ab, um die beiden Komponenten der Gütergruppe Energie gezielt auszuweisen. Entsprechend wurde die Haushaltsenergie aus der Abteilung 4 (Wohnen) herausgelöst und die Kraft- und Schmierstoffe aus der Abteilung 7 (Verkehr). Mit dem Ziel der Übersichtlichkeit wurden dann Abteilungen 1 und 2 als Untergruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zusammengefasst und das Bildungswesen (Abteilung 10) mit einem geringen Gewicht von 0,9 % am Warenkorb der Abteilung 12 (Andere Waren und Dienstleistungen) zugeschlagen (Tabelle A2 im Anhang).

Die verstärkte Teuerung bei Nahrungsmitteln wirkte sich auf die Inflationsraten aller Haushalte aus, am stärksten mit zusätzlich 0,3 Prozentpunkten gegenüber Dezember 2025 bei einkommensschwachen Familien und einkommensschwachen Alleinlebenden, am geringsten mit plus 0,1 Prozentpunkten bei einkommensstarken Alleinlebenden, für die Güter des Grundbedarfs eine untergeordnete Rolle bei den Konsumausgaben spielen. Teilweise kompensierend wirkte bei allen Haushalten der verstärkte Rückgang der Preise für Haushaltsenergie, wovon Alleinerziehende und Alleinlebende mit geringem und mittlerem Einkommen mit -0,2 Prozentpunkten am stärksten profitierten. Bei einkommensstarken Paaren mit Kindern und Paaren mittleren Einkommens bewirkte der Anstieg der Teuerung bei Pauschalreisen eine Erhöhung der Inflationsrate um 0,1 Prozentpunkte, die aber durch den Rückgang der Übernachtungspreise kompensiert wurde. In der Summe blieben die Inflationsraten der einkommensschwachen und einkommensstarken Alleinlebenden mit 1,6 % bzw. 2,0 % unverändert, während alle anderen Inflationsraten leicht anstiegen (Tabelle 1).

Tabelle 1: Ausgewählte haushaltsspezifische Inflationsbeiträge im Januar 2026

Inflationsbeiträge in Prozentpunkten	Paar, 2 Kinder 2.000–2.600 €	Paar, 2 Kinder 3.600–5.000 €	Alleinlebende < 900 €	Alleinlebende ≥ 5.000 €
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	0,6	0,5	0,6	0,2
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung	0,6	0,6	0,8	0,6
Haushaltsenergie	-0,3	-0,2	-0,4	-0,2
Kraft- und Schmierstoffe	0,0	0,0	0,0	0,0
Verkehr ohne Kraftstoffe	0,2	0,3	0,1	0,3
Freizeit und Kultur	0,1	0,2	0,1	0,3
Gastgewerbe	0,1	0,2	0,1	0,2
Übrige Konsumausgaben	0,3	0,4	0,2	0,5
Inflationsrate in %	1,6	1,9	1,6	2,0

Die Inflationsbeiträge summieren sich gegebenenfalls rundungsbedingt nicht zur Inflationsrate oder zu den Summen im Text.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Dass alle neun haushaltsspezifischen Inflationsraten unterhalb der Inflationsrate des Statistischen Bundesamtes lagen, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die besonders stark gestiegenen Preise für Versicherungen und soziale Dienstleistungen bei den Konsumausgaben der Haushalte gemäß der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 ein geringeres Gewicht haben als in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, auf der die Verbraucherpreisstatistik seit Anfang 2023 beruht (siehe Anhang).

Durch die weiterhin unterdurchschnittliche Inflationsrate einkommensschwacher Haushalte im Januar 2026 verringern sich die längerfristigen Inflationsunterschiede zwischen den haushaltsspezifischen Inflationsraten weiter. Diese bestehen seit den Preisschocks der Jahre 2022 und 2023 zulasten der Haushalte mit niedrigem Einkommen und jenen mit Kindern. Der stärkere Anstieg der Dienstleistungspreise und der schwächere Preisanstieg bei Gütern des Grundbedarfs bewirkt, wenn auch langsam, eine Angleichung. Im längerfristigen Vergleich von 2019 bis 2025, hatten einkommensstarke Alleinlebende, die seit Februar 2024 stets die höchste Inflationsrate aufwiesen, mit 20,8 % die mit Abstand niedrigste Inflationsrate, einkommensschwache Familien mit 22,8 % die höchste (Tober 2026).

Deutscher HVPI endlich mit zweiter Nachkommastelle

Die für die Geldpolitik besonders wichtige Inflationsrate auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ist in Deutschland im Januar 2026 leicht auf 2,1 % gestiegen, nach 2,0 % im Dezember 2025 (Abbildungen 1 und 4). Entscheidend war wie beim VPI der deutlich höhere Anstieg der Preise für Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak um 2,9 % nach 1,8 % im Dezember 2025, was für sich genommen die Inflation um 0,2 Prozentpunkte steigerte. Der stärkere Preisanstieg bei Waren ohne Energie und Nahrungsmittel im weiten Sinne erhöhte die Inflation um 0,1 Prozentpunkte. Dämpfend wirkte hingegen insbesondere der abgeschwächte Preisauftrieb bei Dienstleistungen, aber auch der mit -1,9 % etwas stärkere Rückgang der Energiepreise. Infolge des Rückgangs der Dienstleistungsteuerung um 0,4 Prozentpunkte auf 3,5 % verringerte sich die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak leicht auf 2,4 %, obwohl die Warenpreise in der Kernrate mit 0,6 % verstärkt anzogen (Dezember 2025: 0,2 %).

Anders als die deutsche HVPI-Inflation lag die Inflation im Euroraum insgesamt im Januar 2026 mit 1,7 % niedriger als im Dezember 2025 (2,0 %). Entscheidend war, dass sich der Preisanstieg für Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak im Euroraum nur um 0,1 Prozentpunkte erhöhte – allerdings von dem deutlich höheren Niveau von 2,5 % aus –, während zugleich der Energiepreiserückgang mit -4,0 % mehr als doppelt so hoch war wie in Deutschland. Auch im Euroraum verringerte sich die Kernrate leicht, und zwar auf 2,2 %.

Mit der Umstellung auf die neue Klassifizierung gemäß der UN COICOP 2018 der Vereinten Nationen Anfang 2026 wird der deutsche HVPI erstmals, wie im Euroraum üblich, mit zwei Nachkommastellen veröffentlicht (Infobox). Damit erhöht sich die Genauigkeit, während zugleich rundungsbedingte Sprünge in den Raten abnehmen. Im vergangenen Jahr war Deutschland mit Irland und Italien eines von lediglich drei der 21 Euroländer, die den HVPI mit nur einer Nachkommastelle veröffentlichten. Diese Umstellung dürfte beim VPI erst 2028 erfolgen, wenn auch dieser Verbraucherpreisindex an die Klassifikation der UN COICOP 2018 angepasst wird.

Infobox: UN COICOP 2018 im harmonisierten Verbraucherpreisindex umgesetzt

Der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist neben dem nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) eine zweite Grundlage für die Inflationsberechnung. Die Berechnungsmethode ist in allen EU-Ländern gleich und ermöglicht es daher, die Inflationsraten der einzelnen Länder zu vergleichen und eine Inflationsrate für den Euroraum und für die EU zu berechnen. Der HVPI ist der zentrale Maßstab für das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank, wobei eine Rate von 2 % in der mittleren Frist als Preisstabilität definiert und angestrebt wird. Beide Verbraucherpreisindizes basieren auf tiefster Gliederungsebene auf denselben Preisdaten.

Zwischen dem VPI und dem HVPI gibt es im Wesentlichen die folgenden Unterschiede:

- Selbstgenutztes Wohneigentum findet im HVPI anders als im VPI keine Berücksichtigung, mit der Folge, dass die übrigen Güterarten entsprechend höhere Gewichte haben. Im HVPI des Jahres 2026 haben Mietzahlungen ein Gewicht von 7,5 %, während im VPI tatsächliche und unterstellte Mieten zusammen ein Gewicht von 18,0 % haben.
- Der HVPI ist ein Kettenindex mit der Preisbasis Dezember des Vorjahres, dessen Gewichte jährlich auf Grundlage der privaten Konsumausgaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angepasst werden (Tabelle 2). Der VPI wird nur alle fünf Jahre angepasst.

In diesem Jahr haben sich die Gewichte auch wegen der Umstellung des HVPI auf die neue Klassifikation ECOICOP Version 2 geändert (Eurostat 2026). Diese entspricht der UN COICOP 2018 und modernisiert die Statistik – zum Beispiel durch die gezieltere Berücksichtigung von Streaming-

Diensten und Versandkosten –, passt sie an die Systematik anderer Statistiken wie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an und erhöht die internationale Vergleichbarkeit. Tabelle 2 zeigt die Wirkung dieser Veränderung, indem sie für das Jahr 2025 die Gewichte nach der neuen und der alten Systematik enthält. Die größten Veränderungen fanden infolge einer genaueren Zuordnung in den Bereichen Gesundheit, Verkehr, Kommunikation und Information, Freizeit und Kultur sowie Soziale Dienstleistungen statt, wobei sich das Gewicht der ersten drei erhöhte und das der letzten zwei verringerte. So wurden beispielsweise sämtliche medizinisch relevante Positionen aus der Kategorie Soziale Dienstleistungen (insbesondere Altenpflege) in den Bereich Gesundheit verschoben, während der Transport von Gütern nun getrennt in der Kategorie Verkehr

Tabelle 2: Anteile der Güterarten an den Verbraucherpreisindizes jeweils geltendes Basisjahr, %

Güterart	VPI 2020	HVPI 2025 alt ¹	HVPI 2025 neu ¹	HVPI 2026
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	15,4	16,6	16,6	16,3
Bekleidung und Schuhe	4,2	3,8	3,8	4,1
Mieten, Nebenkosten, Instandhaltung	21,6	11,2	11,5	11,3
Haushaltsenergie (Strom, Erdgas u.Ä.)	4,3	5,2	5,2	5,5
Innenausstattung und Haushaltsgeräte	6,8	6,4	6,1	6,0
Gesundheit	5,5	5,8	8,3	8,4
Verkehr ohne Kraft- und Schmierstoffe	10,8	13,4	13,6	13,3
Fahrzeuge	4,6	5,8	5,8	5,3
Kraft- und Schmierstoffe	3,1	3,8	3,8	3,5
Telekommunikation und Information	2,3	2,3	4,0	3,7
Freizeit und Kultur	10,4	11,4	9,5	9,7
Pauschalreisen	1,3	2,2	2,2	2,1
Glücksspiel	0,0	0,0	0,0	1,1
Gaststätten und Übernachtungen	4,7	7,4	7,4	7,6
Andere Waren und Dienstleistungen ²	10,8	12,8	10,3	10,8
sowie Bildung	2,3	2,4	2,4	2,4
Versicherungen	2,8	3,8	1,2	1,2
Soziale Dienstleistungen				
Insgesamt	100	100	100	100

VPI: Verbraucherpreisindex; HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Gruppierung entsprechend dem IMK Inflationsmonitor.

¹ Alt: Klassifikation bis 2025; neu: Klassifikation ECOICOP Version 2 entsprechend UN COICOP 2018.

² Die Abteilung 12 „Andere Waren und Dienstleistungen“ ist im HVPI seit 2026 unterteilt in 12 „Versicherungen und Finanzdienstleistungen und 13 „Körperpflege, Sozialschutz und verschiedene Waren und Dienstleistungen“.

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



erfasst wird statt als Bestandteil der Güterpreise. Die Rubrik Freizeit und Kultur verlor ebenfalls einige Unterposten an die ersten drei Bereiche, wobei die im Jahr 2026 neu hinzugekommene Unterkategorie Glücksspiele nicht ausreichte, um den Gewichtsverlust zu kompensieren.

Die geänderte Klassifikationsstruktur hat bis in die zweite Nachkommastelle – die nun auch für Deutschland ausgewiesen wird – keine Auswirkungen auf den aggregierten Index, so dass die HVPI-Raten der Vergangenheit unberührt bleiben. Die Gewichtsveränderungen jenseits der Umgruppierungen fielen im Jahr 2026 gering aus.

Selbstgefälligkeit der EZB verschärft Industriekrise

Die Inflationsraten des Jahres 2025 lagen in Deutschland und im Euroraum sehr nah am Inflationsziel der EZB und dürften in diesem Jahr im Euroraum sogar leicht darunter liegen (EZB 2025, OECD 2025, Breuer et al. 2025). Noch ist die Teuerung bei Dienstleistungen überhöht, während die Energiepreise dämpfend wirken. Beides sind Folgewirkungen der Preisschocks der Jahre 2022 und 2023, die sich in diesem Jahr weiter abschwächen werden. Die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak liegt bereits nur noch wenig oberhalb des Inflationsziels der EZB und der EZB Wage-Tracker, der die Tariflohnentwicklung abbildet, deutet daraufhin, dass die aufholenden Lohnsteigerungen mittlerweile weitgehend abgeschlossen sind. Zwar bestehen Risiken mit Blick auf die künftige Inflationsentwicklung, aber jenseits bisher nicht absehbarer Entwicklungen sind die Inflationsaussichten ruhig. Aus diesem Grund betont die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, seit Mitte vergangenen Jahres wiederholt: „we are in a good place“ (Lagarde 2025, 2026).

Größere Zinsschritte sind angesichts der weiterhin erhöhten Teuerung im Dienstleistungssektor aktuell weder geboten noch zu erwarten, zumal sich die wirtschaftlichen Aussichten leicht verbessert haben. Allerdings haben sich die monetären Rahmenbedingungen seit der letzten Zinssenkung im Juni 2025 deutlich verschlechtert und in der größten Volkswirtschaft des Euroraums, Deutschland, schreitet der Abbau industrieller Kapazitäten und Arbeitsplätze rasant fort. Da dieser Abbau nicht nur den Kern des deutschen Wirtschaftsmodells betrifft (Bauermann et al. 2026), sondern durch die massive Aufwertung des Euro und die hohen US-Zölle befördert wird, ist das selbstzufriedene Zurücklehnen der EZB gemessen an dem Auftrag der EZB deplatziert und gefährdet die künftige Wirtschaftskraft und den Wohlstand im Euroraum.

Im Januar 2026 notierte der Euro bei 1,17 US-Dollar und damit rund 13 % höher als ein Jahr zuvor. In der Folge wertete er weiter auf 1,18 auf und erreichte zwischenzeitlich sogar 1,20 US-Dollar je Euro. Damit liegt er mittlerweile deutlich über dem in der Dezember- und der September-Prognose der Europäischen Zentralbank unterstellten Wechselkurs von 1,16 US-Dollar je Euro. Zugleich wurden die Kreditstandards der Banken infolge einer erhöhten Risikoeinschätzung seit nunmehr vier Quartalen kontinuierlich verschärft, besonders stark in Deutschland. Beides konterkariert die Wirkung der bisherigen Zinssenkungen. Dasselbe gilt für den anhaltenden Abbau des Wertpapierportfolios der EZB – auch als quantitative Straffung bekannt –, der für sich genommen das Niveau der langfristigen Kapitalmarktzinsen erhöht.

Die EZB hat nicht nur den Spielraum, sondern nach dem Vertrag der Europäischen Union auch die Verantwortung, die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum zu unterstützen, sofern sie

dadurch ihr primäres Ziel der Preisniveaustabilität nicht gefährdet.⁶ Niedrigere Zinsen würden der Stärke des Euro entgegen wirken, private Investitionen und Innovationen anregen und die Chancen auf einen selbsttragenden Aufschwung erhöhen, der zur Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen in Deutschland und im Euroraum notwendig ist.

In der deutschen Industrie bestehen vor dem Hintergrund der geopolitischen Lage, der weiterhin hohen Energiepreise sowie der verzögerten Wirkung von Euro-Aufwertung und US-Zöllen nicht nur erhebliche Abwärtsrisiken, sondern es ist bereits eine Abwärtsentwicklung im Gange. Die Untätigkeit der EZB angesichts dieser exogenen Schocks gefährdet die Erholung im Euroraum und unterminiert zudem die angestrebte Stärkung des Euro als internationale Währung. Der erforderliche Unterbau einer Leitwährung besteht nicht nur aus Preisstabilität und soliden Staatsfinanzen, sondern auch aus einer robusten, innovationsfreudigen und dynamischen Wirtschaft, die ihrerseits die Solidität der Staatsfinanzen stärkt und international Investitionen anzieht.

⁶ Diese Verantwortung erkennt die EZB seit 2021 auch in ihrer geldpolitischen Strategie an: „Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Preisstabilitätsziels möglich ist, unterstützt das Eurosystem die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Union, um zur Verwirklichung der Ziele der Union beizutragen, die in Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union festgelegt sind. Zu diesen Zielen gehören ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum und eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität“ (EZB 2021).

Anhang

Im monatlichen IMK Inflationsmonitor wird seit Anfang 2022 anhand von haushaltsspezifischen Inflationsraten untersucht, wie sich die hohen Preisschocks seit Mitte 2021 auf unterschiedliche Haushaltsgruppen auswirken. Wie die Inflationsrate des Statistischen Bundesamtes werden die haushaltsspezifischen Inflationsraten als Veränderung der gewichteten Verbraucherpreise zum Vorjahresmonat berechnet. Während allerdings die haushaltsspezifischen Inflationsraten weiterhin auf den Ausgabenanteilen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe basieren, berechnet das Statistische Bundesamt den Verbraucherpreisindex seit 2023 (mit Rückrechnung bis 2020) auf Grundlage von Gewichten, die primär aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet werden (Statistisches Bundesamt 2023, Dullen und Tober 2023b).

Tabelle A1: Ausgewählte Haushaltstypen mit unterschiedlichem Nettoeinkommen

Nr.	Haushaltstyp	Nettoeinkommen 2018 (Euro)
1	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	2.000–2.600
2	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	3.600–5.000*
3	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	≥ 5.000
4	Paare	3.600–5.000*
5	Alleinerziehende mit 1 Kind	2.000–2.600*
6	Alleinlebende	500 < 900
7	Alleinlebende	1.500–2.000*
8	Alleinlebende	2.000–2.600
9	Alleinlebende	≥ 5.000

* Einkommensklasse des Medianhaushalts des Haushaltstyps.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018.



Drei der betrachteten Haushaltsgruppen bestehen aus zwei Erwachsenen und zwei ledigen Kindern unter 18 Jahren, in einem Haushalt lebt eine alleinerziehende Person mittleren Einkommens mit einem Kind, vier sind Ein-Personen-Haushalte und ein Haushalt ist ein Paar-Haushalt ohne Kinder mit mittlerem Einkommen (Tabelle A1). Der Medianhaushalt unter den Paaren mit zwei Kindern fiel im Jahr 2018 in die Gruppe mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.600-5.000 Euro. Unter den Alleinlebenden hatte der Medianhaushalt ein Nettoeinkommen von 1.500-2.000 Euro (Statistisches Bundesamt 2020a).⁷ Diese beiden mittleren Haushalte werden durch die Haushaltsgruppe 2 bzw. die Haushaltsgruppe 7 abgebildet. Haushaltsgruppe 9 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von über 5.000 Euro) bildet den oberen Rand der Einkommensverteilung ab, während der untere Rand durch

⁷ Berechnet auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes (2020a, S. 115 und S. 138). Das jeweilige Durchschnittseinkommen liegt mit 5.604 Euro bzw. 2.142 Euro höher (Statistisches Bundesamt 2020b, S. 100 und S. 124).

Haushaltsgruppe 6 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von unter 900 Euro) und Haushaltsgruppe 1 (Paar, 2 Kinder, Nettohaushaltseinkommen von 2.000-2.600 Euro) abgedeckt ist.

Die haushaltsspezifischen Inflationsraten werden exemplarisch für repräsentative Haushaltstypen mittleren Einkommens berechnet sowie für jene am unteren und oberen Rand. Dabei handelt es sich jeweils um Durchschnittshaushalte, also weder Haushalte mit Ölheizung, Gasheizung, Kohleofen oder Wärmepumpe noch Haushalte, die die Mobilität primär mit dem Fahrrad, dem öffentlichen Verkehr, dem Kleinwagen oder dem SUV bestreiten oder Haushalte, die überwiegend tierische Nahrungsmittel essen, Vegetarier sind oder vegan leben. Stattdessen fließen in die Teuerungsrate der durchschnittliche Verbrauch von Öl, Gas, Kohle und Strom ein, ebenso wie die durchschnittlichen Ausgaben der jeweiligen Haushaltsgruppe für verschiedene Nahrungs- und Verkehrsmittel.

Tabelle A2: Haushaltsspezifische Ausgabengewichte: Datengrundlage und Systematisierung

12 Gütergruppen	Klassifikation Verbraucherpreisindex	Ausgabenposition EVS
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	CC13-01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke
	CC13-02	Alkoholische Getränke und Tabakwaren
Bekleidung und Schuhe	CC13-03	Bekleidung und Schuhe
Wohnen ohne Haushaltsenergie	CC13-72 (041, 042, 044)	Wohnungsmieten (tatsächlich und unterstellt) und Ähnliches
	CC13-043	Wohnungsinstandhaltung
Haushaltsenergie	CC13-045	Haushaltsenergie
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	CC13-05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände
Gesundheitspflege	CC13-06	Gesundheit
Verkehr ohne Kraft- und Schmierstoffe	CC13-071	Kauf von Fahrzeugen
	CC13-0721	Ersatzteile und Zubehör für Fahrzeuge
	CC13-0723	Wartung und Reparatur von Fahrzeugen
	CC13-0724	Andere Dienstleistungen für Fahrzeuge
	CC13-073	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen
Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge	CC13-0722	Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge
Post- und Telekomdienstleistungen	CC13-08	Post- und Telekomdienstleistungen
Freizeit und Kultur	CC13-091	Audio-, Foto-, IT-Geräte und Zubehör
	CC13-092	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping
	CC13-093	Andere Güter für Freizeit und Garten, Haustiere
	CC13-094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen + Reparaturen
	CC13-095	Druckerzeugnisse, Schreib- und Zeichenwaren
	CC13-096	Pauschalreisen
Gaststätten- und Übernachtungsdienstleistungen	CC13-111	Gaststättendienstleistungen
	CC13-112	Übernachtungen
Andere Dienstleistungen, Bildungswesen	CC13-121	Körperpflege: Dienstleistungen, Geräte, Artikel
	CC13-123	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände
	CC13-124-127	Sonstige Dienstleistungen
	CC13-10	Bildung

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018; Verbraucherpreisindex, Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsum (COICOP 2-/3-/4-/5-/10-Steller/Sonderpositionen), Statistisches Bundesamt.



Literatur

- Breuer, C. / Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Paetz, C. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. / Watzka, S. (2025): Zwischen Exportkrise und binnenwirtschaftlicher Erholung. Die konjunkturelle Lage in Deutschland zur Jahreswende 2025/2026. IMK Report 198.
- CME Group (2026): WTI Insights by PVM – Steady Heating Oil Cracks. Newsletters, Chicago, 7. Januar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023a): IMK Inflationsmonitor – Nahrungsmittelpreise dominieren infolge der Revision die Inflationsunterschiede im Januar 2023. IMK Policy Brief 146, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023b): IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate im März 2023 deutlich geringer – Inflationsunterschiede zwischen Haushalten weiter hoch. IMK Policy Brief 148, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023c): IMK Inflationsmonitor: Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im April 2023 deutlich geringer, Haushaltsenergie verteuert sich weiterhin am stärksten. IMK Policy Brief 150, Mai.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023d): IMK Inflationsmonitor: Basiseffekte überlagern Abwärtstendenz der Inflation – Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im Juni 2023 sinken leicht. IMK Policy Brief 154, Juli.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023e): IMK Inflationsmonitor: Inflation und Kerninflation setzen zaghaften Abwärtstrend fort – Inflationsunterschiede zwischen den Haushalten im Juli 2023 sinken auf einen Prozentpunkt. IMK Policy Brief 156, August.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023g): IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate fällt im September 2023 auf 4,5 % - Tendenz sinkend. IMK Policy Brief 159, Oktober.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023h): IMK Inflationsmonitor: Erdgas- und Strom trotz Preisbremsen im Oktober 2023 immens teurer als 2019 - Inflation weiter im Sinkflug. IMK Policy Brief 160, November.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023i): IMK Inflationsmonitor: Inflation trotz noch stark steigender Nahrungsmittelpreise im November auf 3,2 % gefallen. IMK Policy Brief 162, Dezember.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024a): IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt von 8,7 % auf 3,7 % im Verlauf von 2023. IMK Policy Brief 163, Januar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024b): IMK Inflationsmonitor: Staatliche Maßnahmen verhindern noch stärkeren Rückgang der Inflation im Januar 2024. IMK Policy Brief 164, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024c): IMK Inflationsmonitor: Inflation in Deutschland und im Euroraum nähern sich weiter der 2-Prozent-Marke – Zinssenkung überfällig. IMK Policy Brief 164, März.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024d): IMK Inflationsmonitor: Inflation erreicht im März 2024 mit 2,2 % fast die Marke für Preisstabilität. IMK Policy Brief 166, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024e): IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt wegen höherer Mehrwertsteuer auf Erdgas im April bei 2,2 % – Kernrate sinkt deutlich. IMK Policy Brief 169, Mai.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024f): IMK Inflationsmonitor: Inflation im Mai 2024 mit 2,4 % leicht höher - Abschwächungsprozess hin zum Inflationsziel intakt. IMK Policy Brief 170, Juni.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024g): IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juni 2024 mit 2,2 % wieder praktisch am Inflationsziel, VPI-Kernrate seit drei Monaten unter 3 %. IMK Policy Brief 172, Juli.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024h): IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juli 2024 mit 2,3 % leicht höher. IMK Policy Brief 174, August.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024i): IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im August 2024 auf 1,9 %, Kernrate sinkt auf 2,6 %. IMK Policy Brief 177, September.
- EIA (2025): Geopolitical developments contribute to elevated diesel prices. In-brief analysis. U.S. Energy Information Administration, Washington, DC, 3. Dezember.
- Eurostat (2026): Questions & Answers on the improvements in the Harmonised Index of Consumer Prices (HICP) effective January 2026. Luxemburg, 4. Februar.
- Eurostat (2018): Harmonised Index of Consumer Prices (HICP). Methodological Manual. Luxemburg, November.
- EZB (2025): Gesamtwirtschaftliche Projektionen. Frankfurt/M., 18. Dezember.
- EZB (2021): Erklärung zur geldpolitischen Strategie der EZB (2021). Frankfurt/M., 8. Juli.
- Lagarde, C. (2025): Fragen und Antworten auf der EZB-Pressekonferenz. Frankfurt/M., 30. Oktober.

- Lagarde, C. (2025): [Fragen und Antworten auf der EZB-Presskonferenz](#). Frankfurt/M., 5. Februar.
- OECD (2025): [Resilient Growth but with Increasing Fragilities](#). Economic Outlook, Paris, Dezember.
- Statistisches Bundesamt (2023): [Hintergrundpapier zur Revision des Verbraucherpreisindex für Deutschland 2023](#). Wiesbaden, 22. Februar.
- Statistisches Bundesamt (2020a): [Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Konsumausgaben privater Haushalte 2018](#). Fachserie 15, Heft 5, 29. Mai 2020 (Seiten 31-34 und 97-144 korrigiert am 28. Oktober 2021), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2020b): [Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte](#). FS 15, H. 4, 23. April, Wiesbaden.
- Tober, S. (2022): [IMK Inflationsmonitor – Haushaltsspezifische Teuerungsraten: Wie stark unterscheidet sich die Belastung durch Inflation? IMK Policy Brief 114](#), Januar.
- Tober, S. (2023): [IMK Inflationsmonitor – Inflationsrate einkommensschwacher Haushalte sinkt trotz steigender Nahrungsmittelpreise leicht im Februar 2023](#). IMK Policy Brief 147, März.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland fällt im September 2024 auf 1,6 %, Energiepreise trotz Rückgangs auf hohem Niveau](#). IMK Policy Brief 178, Oktober.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland im Oktober 2024 bei 2 %, Nahrungsmittel 37,1 % teurer als vor fünf Jahren](#). IMK Policy Brief 182, November.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im November 2024 auf 2,2 %, haushaltsspezifische Inflationsraten liegen nah beieinander](#). IMK Policy Brief 183, Dezember.
- Tober, S. (2025a): [IMK Inflationsmonitor: Inflation mit 2,2 % im Jahr 2024 sehr nah am Inflationsziel, Dynamik noch von Folgen der Preisschocks geprägt](#). IMK Policy Brief 184, Januar.
- Tober, S. (2025b): [IMK Inflationsmonitor: Inflation zu Jahresbeginn 2025 trotz staatlich bedingter Preiserhöhungen bei 2,3 %](#). IMK Policy Brief 187, Februar.
- Tober, S. (2025c): [IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt im Februar 2025 bei 2,3 %, Kernrate sinkt auf 2,6 %](#). IMK Policy Brief 188, März.
- Tober, S. (2025d): [IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im März 2025 auf 2,2 %, auch Kernrate sinkt weiter](#). IMK Policy Brief 190, April.
- Tober, S. (2025e): [IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im April 2025 weiter auf 2,1 %, Kernrate durch Osterfeiertage verzerrt](#). IMK Policy Brief 191, Mai.
- Tober, S. (2025f): [IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt im Mai 2025 bei 2,1 %, Anstieg der Dienstleistungspreise deutlich verringert](#). IMK Policy Brief 192, Juni.
- Tober, S. (2025g): [IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt im Juni 2025 auf 2,0 %, erneut schwächerer Preisauftrieb bei Dienstleistungen](#). IMK Policy Brief 194, Juli.
- Tober, S. (2025h): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juli 2025 erneut bei 2 %, harmonisierte Rate sinkt auf 1,8 %](#). IMK Policy Brief 195, August.
- Tober, S. (2025i): [IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im August auf 2,2 %, Energiepreise dämpfen deutlich weniger](#). IMK Policy Brief 198, September.
- Tober, S. (2025j): [IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im September auf 2,4 %, vorübergehende Effekte dominieren](#). IMK Policy Brief 199, Oktober.
- Tober, S. (2025k): [IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt im Oktober auf 2,3 %, Preisauftrieb bei Dienstleistungen weiterhin kräftig](#). IMK Policy Brief 199, November.
- Tober, S. (2025l): [IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt im November bei 2,3 %, deutsche Rate verhindert Rückgang der Euroraum-Inflation](#). IMK Policy Brief 206, Dezember.
- Tober, S. (2026): [IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im Dezember 2025 auf 1,8 %, Jahresrate 2025 mit 2,2 % ebenfalls nah am EZB-Ziel](#). IMK Policy Brief 208, Januar.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
